

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Montag nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 1,50 M., im voraus zahlbar, von der Provinz selbst abgeholt 1,30 M. Für Post- bezug werden sämtliche Postgebühren entgegengenommen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 1,60 M., für das übrige Ausland 2,00 M., einschließlich Postgebühren, per Viertel für Deutschland und Österreich 4,00 M., für das Ausland 5,00 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 9/9.

Die abgezeichnete Anzeigenliste ober deren Raum kostet 2,- M., einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Druckwort 2,- M., jedes weitere Wort 1,20 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Verkaufs-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Druckwort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4629, 4923

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die werttätige Bevölkerung Groß-Berlins!

Feiert den 9. November durch Arbeitsruhe!

Zum zweiten Male jährt sich der Tag, an dem das deutsche Proletariat mit kühnem Entschluß die alten Mächte des Kaisertums niedergeworfen hatte. Das kapitalistische System war am 9. November 1918 zusammengebrochen. Militarismus, Bürokratie, Junkertum, hatten sich vor dem Jorne des Volkes feige vertrocknet. Eine neue Welt schien im Werden.

Zurückblickend auf die verflochtenen zwei Jahre, wissen wir, daß wir keinen Anlaß zum Jubel haben. Der Tag, an dem das deutsche Proletariat der Wiederkehr der Revolution gedenkt, kann kein Tag des Triumphes und der Siegesfreude sein. Die in den Novembertagen 1918 zerbrochene bürgerliche Klassenherrschaft ist inzwischen aufs neue ausgerichtet worden. Nur kümmerliche Reste sind dem Proletariat von den revolutionären Erzeugnissen der damaligen Zeit geblieben. Militarismus, Bürokratie und Junkertum sind wieder oben auf. Die Formen haben gewechselt, ihr Inhalt ist geblieben. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die durch den Krieg dem Bankrott entgegengeführt wurde und deren Zusammenbruch seitdem mit jedem Tage offenkundig geworden ist, hat sich noch immer erhalten. Auf Kosten der werttätigen Bevölkerung soll sie aufs neue befestigt werden.

Die Verwirklichung des Sozialismus scheint wieder in die Ferne gerückt. Das Schicksal der Proletariatsmassen nach Beilegung der unerträglichen wirtschaftlichen Not, nach Teilnahme an allen Erzeugnissen des menschlichen Geistes, hat seine Erfüllung noch nicht gefunden.

Daß es dahin gekommen ist, daran trägt das Proletariat selbst die Schuld. Ein Teil der Arbeiterklasse hatte nichts Eiligeres zu tun, als durch die politische Verbindung mit den bürgerlichen Parteien diesen wieder die Herrschaft in die Hände zu spielen. Ein anderer Teil glaubte, die Revolution dadurch vorwärts treiben zu können, daß er die Organisationen der Arbeiterschaft spaltete, seine Kraft in planlosen Aktionen verzettelte und damit erst den Boden schaffen half, auf dem der alte Klassenstaat wieder hergestellt werden konnte.

Bietet uns der 9. November 1920 somit keinen Anlaß zur Siegesfreude, so darf die Erinnerung an diese Zeit doch nicht dazu veranlassen, Trauerkundgebungen zu veranstalten; denn auch mit dem Proletariat ist seitdem eine gewaltige Aenderung vor sich gegangen. Millionen neuer Kämpfer, die vor dem teilnahmslos beiseite gestanden haben, haben sich in die Reihen der um den Sozialismus kämpfenden Arbeiterschaft gestellt. Die wirtschaftliche Not, das politische Elend haben auch in die Köpfe der Angestellten, der Beamten, der Landarbeiter die Erkenntnis eingehämmert, daß nur der Sozialismus ihnen die Rettung bringen kann.

Noch ist die Gegenrevolution nicht am Ziele ihrer Wünsche. Das stolze Wort hat heute mehr denn je Geltung: Die

Revolution ist nicht tot! Sie läßt sich nicht erschlagen! Je stärker sich der Kapitalismus fählt, desto eher kommt für ihn der Tag, an dem er durch den Sozialismus abgelöst werden muß. Der Sozialismus ist die Verwirklichung jener Entwicklungsgehalte, von denen die kapitalistische Produktionsweise beherrscht und gelenkt wird.

Je größer die Scharen der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden, die sich mit bewuhter Erkenntnis ihrer Klassenlage dem Kampf um die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen anschließen, desto früher muß sich die in unaufhörlichem Fluße vollziehende Revolutionierung des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens dem Tage nähern, an dem die alten Mächte aufs neue und dann für immer vor ihrem Throne gestürzt werden können, an dem das Proletariat die politische Macht übernehmen und die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische vornehmen wird.

Diese Periode des Uebergangs zu beschleunigen, das Proletariat reißt zu machen für die uns noch bevorstehenden Kämpfe und es zu erzielen für die Erfüllung seiner geschichtlichen Aufgaben, das ist die Arbeit, die jetzt geleistet werden muß.

Genossinnen und Genossen! Die Erinnerung an die Revolutionszeit des Jahres 1918 verpflichtet uns, alle unsere Kraft einzusetzen, daß das revolutionäre Proletariat seine Geschlossenheit wiederfindet, daß sich seine Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse vermehrt, daß es reißt für jene Aktionen, die im Interesse der sozialen Revolution durchgeführt werden müssen.

Wir rufen die werttätige Bevölkerung Groß-Berlins, alle Hand- und Kopfarbeiter, auf, den 9. November 1920 würdig und mit fester Entschlossenheit zu feiern. Die Macht der Zukunft gehört der Arbeiterklasse. Keine Gewalt ist imstande, ihren Siegeslauf zu hindern. Unser aller Wahrspruch sei an diesem Tage:

„Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht!“

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Männer und Frauen des werttätigen Volkes! Zeigt am 9. November, daß Ihr entschlossen seid, die Revolution ihrem Siege entgegenzuführen! Laßt an diesem Tage die Arbeit ruhen! Ehret das Andenken an die Toten der Revolution, indem Ihr durch Arbeitsruhe ihr Gedenden feiert. Zeigt dem kapitalistischen Bürgertum durch Verweigerung der Fronarbeit an diesem Tage, welche gewaltige Macht Euch innewohnt! Demonstriert am 9. November 1920:

- Für die Revolution!
- Für den Sozialismus!
- Für die Einigkeit der Arbeiterklasse!

Berlin, den 5. November 1920.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirksverband Berlin-Brandenburg Der geschäftsführende Ausschuß

Arbeiter! Angestellte!

Am 9. November jährt sich zum zweiten Male der Tag der deutschen Revolution. Wir fordern die Angestellten- und Arbeiterschaft auf, den Gedenktag der Revolution und der für sie gebrachten Opfer durch Arbeitsruhe würdig zu begehen. Es gilt Rückschau zu halten über das, was der Deutschen Arbeiterschaft aus den revolutionären Kämpfen der Vergangenheit an Erfolgen verblieben ist, und Ausblick zu halten, wie die Revolution erfolgversprechend weiter-

getrieben werden kann. — Insbesondere gilt es an diesem Tage, ein Gelübnis abzulegen für den ersten Schritt zum Sozialismus, die Sozialisierung des Bergbaues. Alle Veranstaltungen für diesen Tag werden von den sozialistischen Parteien getrossen, deshalb fordern wir die Angestellten und Arbeiter auf, sich diesen Veranstaltungen anzuschließen.

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend
J. A.: Sabbath.

Pharisäertum

Der Herr von Borjig hat seinen Betrieb geschlossen. Kollegen von ihm erwarten nun die günstige Gelegenheit, um dem Beispiel zu folgen. Vorgänge dieser Art sind nicht zufällig und sind nicht nur Angelegenheiten des gerade betroffenen Systems, sondern sind Teile eines Systems. Der Kampf des organisierten Unternehmertums gegen die Arbeiterbewegung wird absolut einheitlich nach zentraler Parole geführt und bewegt sich in zwei Richtungen. Die Tendenz, die Gewerkschaftsbewegung mattzusetzen durch die Verhinderung weiterer Lohnerhöhungen und durch das Bestreben nach dem Abbau der Löhne, ist von uns mehrfach besprochen worden. Die zweite Tendenz ist gerichtet auf die Zurückdrängung des Einflusses der Betriebsräte, der bei aller Dürftigkeit dem Unternehmertum noch zu stark ist.

Als Mittel bedient sich das Unternehmertum nicht nur der Aussperrung in der früher üblichen Form, sondern der Betriebsstilllegung nach neueren, durch die Preussische Eisenbahnerverwaltung im Anfang des Jahres zum ersten Mal geübten Methoden. Wir haben schon damals vorausgesagt, daß das private Unternehmertum nicht verschlen wird, sich dem brutalen Vorbild der preussischen Eisenbahnerverwaltung schleunigst anzupassen. Die Behörden des Klassenstaates, die ein beständiges Gemjammer über ungenügende Arbeitsleistungen ausstößen, lassen dem Kapital dabei volle Freiheit unter Berufung darauf, daß sie sich nicht in die Maßnahmen des Unternehmertums um die sozialen Kämpfe einzumischen dürften, daß sie Streiks wie Aussperrungen absolut gleich behandeln müßten und daher nicht berufen seien, dem rücksichtslosen Vorgehen des Unternehmertums entgegenzutreten.

Vorant es bei den Betriebsstilllegungen ankommt, und wie es gemacht wird, wie vor allem der Kampf gegen die Betriebsräte und gegen politische mißliebige Arbeiter geführt wird, das hat neben dem Fall Borjig der Fall der Daimler-Werke in Untertürkheim gezeigt. Das Daimlerwerk war das erste große industrielle Werk, in dem die Probe zum ersten Male in großem Stile gemacht wurde.

Als die Bewegung um den Steuerabzug in Württemberg, bei der die württembergische Regierung im Gegensatz zu der sonstigen Auffassung, daß sich Regierungen nicht am Streiks und Aussperrungen zu kümmern haben, die Aussperrung anordnete — als diese Bewegung beigelegt wurde, da war es die Betriebsleitung des Daimlerwerkes in Untertürkheim, die sich weigerte, den Abmachungen zwischen Arbeiterschaft, Unternehmertum und Regierung über die Wiederaufnahme des Betriebes zu folgen. Sie ließ ihre Arbeiter weiter aussperrt, da die Absichten, die sie mit der Aussperrung verbunden hatten, noch nicht voll zur Erfüllung gekommen waren.

Es lohnt sich heute, auf die typischen Vorgänge im Daimlerwerk zurückzukommen, weil ein Bericht der Werksleitung vorliegt, der allen Verkleidungen zum Trotz authentisch beweist, wie schamlos das Unternehmertum seine niedrigen Profitinteressen ohne Rücksicht auf das soziale und wirtschaftliche Interesse der Gesamtheit des Volkes durchsetzt. Der Bericht ist weiterhin um deswillen interessant, weil er drastischer als irgend ein anderes Dokument das reaktionäre Wesen der Betriebsräte-Gesetze kennzeichnet. Es hat einen pikanten Reiz, daß der Bericht den einzelnen Kapiteln Paragraphen des Gesetzes als Motto voranstellt, um zu beweisen, daß die Arbeiterschaft durch ihre Handlungen im Werk gegen die Paragraphen dieses Gesetzes verstoßen hat. Getreu der Absicht, die Betriebsräte auf die reaktionären Bestimmungen des Gesetzes festzusetzen.

Bei näherem Hinsehen jedoch stellt sich nun heraus, daß die Vorwürfe gegen die Arbeiterschaft und gegen den Betriebsrat, die der Bericht erhebt, durchweg nur deswegen erhoben werden, weil erstens die politische Gesinnung des Betriebsrates der Werksleitung nicht behagt hat, und weil es zweitens der Betriebsrat anscheinend verstanden hat, die Interessen der Arbeiterschaft mit großer Energie und mit Erfolg wahrzunehmen. Es kennzeichnet das Wesen dieses Gesetzes, daß Betriebsräte, die so handeln, in der Tat mit dem Wortlaut vieler Paragraphen dieses Gesetzes in Konflikt geraten.

Wir geben einige Beispiele. Ausführliche Darlegungen des Berichtes beschäftigen sich mit der sogenannten „Terrorisierung der Arbeitskollegen“. Als wichtiges Merkmal des Textes wird angeführt, daß von den 22 Arbeitervertretern, die aus der Betriebsratswahl hervorgingen, 12 der U. S. P. und 5 der K. P. D. angehörten. Es folgen lange Klagen darüber, daß „die Gemäßigten“ nicht gewählt wurden. Eine Reinigung des Betriebes wurde mithin notwendig. Da Entlassungen aus Gründen der politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiter und Angestellten unter normalen Verhältnissen nach dem Betriebsrats-Gesetz

